

■ Deutschlands langsame Selbstdemontage

David Engels

Schon Ende 2021 war klar geworden, dass Olaf Scholz ein schwieriges Erbe übernehmen würde. Die militärischen, wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen des russischen Einfalls in die Ukraine offenbaren gerade allerdings die gesamte Tragweite der Versäumnisse der letzten Jahre. Wie konnte es dazu kommen?



Im Ausland, allen voran in Deutschlands Nachbarstaaten Frankreich und Polen, wird die Politik der Bundesrepublik traditionellerweise mit Argwohn und der durch jahrhundertelange Erfahrung geprägten Unterstellung betrachtet, dass alle in Berlin beschlossenen Handlungen in der einen oder anderen Weise einem rationellen Plan folgen, dessen Ziel, wie man glaubt, nur die langfristige Stärkung der deutschen Position auf dem Kontinent sein kann. Doch die letzten Jahre haben es für den kritischen Beobachter immer schwerer gemacht, tatsächlich eine wie auch immer geartete Logik hinter den deutschen Entscheidungen zu sehen, und wenn dies auch in Paris oder Warschau noch nicht zur Gänze verstanden worden ist, wird man doch auch hier nicht umhinkommen, die deutsche Politik nach anderen Kriterien zu bewerten.



Redaktion:
David Engels
Justyna Schulz
Stanisław Żerko

Nr. 4.2022
1.3.22

Die „Kommentare aus dem
Westinstitut“ sind auch
verfügbar über :
NEWSLETTER IZ
FACEBOOK
SCRIBD
LINKEDIN
TWITTER

Die „Kommentare“ geben
nur die Meinung ihres
Verfassers und nicht des
Instituts wieder.

Ob es nun um die Migrationspolitik geht, die Energiewende, den Industriestandort Deutschland, die Bildungspolitik, die Infrastruktur oder selbst die Verteidigungspolitik - überall begegnen dem Betrachter Entscheidungen und Maßnahmen (bzw. das Unterlassen derselben), welche zumindest aus langfristiger Perspektive nicht etwa als gewinnbringend, sondern vielmehr suizidal bewertet werden müssen - und zwar nicht nur für Deutschland selbst, sondern auch für ganz Europa, das unwiderruflich mit dem Geschick seines demografischen, wirtschaftlichen und politischen Herzlandes verstrickt ist.

In der Migrationspolitik etwa hat Deutschland eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die schließlich zur unkontrollierten Einwanderung und zur bis heute weitgehend ausgebliebenen kulturellen wie beruflichen Integration von mehr als zwei Millionen Menschen aus außereuropäischen, weitgehend islamischen Gesellschaften bewirkt hat - eine schwere Hypothek, welche nicht nur weite Teile Europas bis heute gegen Deutschland aufgebracht hat, sondern auch zum Grundkapital der innerdeutschen rechtskonservativen Opposition zählt. Ob diese Nachteile langfristig durch die oft unterstellte, geradezu machiavellistische Zielsetzung aufgewogen werden können, derzufolge die Multikulturalisierung Deutschlands nicht nur als indirekter Ankauf von Wählerstimmen betrachtet werden müsse, sondern auch eine gefährliche Solidarisierung der Bevölkerung gegen die aktuellen Eliten verhindern soll, muss dahingestellt bleiben.

Eine weitere, rationell ebenfalls kaum begreifliche Fehlentscheidung war die sogenannte „Energiewende“, mit welcher Deutschland abrupt und ohne jegliche Vorbereitung aus der Nuklearenergie ausgestiegen ist und zudem auch der Kohleenergie eine Absage erteilte, während ein Ausgleich der nunmehr schmerzlich fehlenden Energiequellen durch sogenannte „erneuerbare Energien“, allen voran Windenergie, noch in weiter Zukunft steht, ja vielleicht sogar logistisch völlig unmöglich ist. Dies zwang bekanntlich die Bundesrepublik, sich auf Gedeih und Verderb in die Abhängigkeit russischer Gaslieferungen zu begeben und dadurch den Spielraum der deutschen Außenpolitik nachhaltig einzuschränken, wie gerade am Beispiel der Ukraine Krise in bestürzender Weise offensichtlich geworden ist.

Auch der Industriestandort Deutschlands wurde in den letzten Jahren aus eigener Entscheidung nachhaltig geschädigt, und wenn es Deutschland auch immer noch gelungen ist, mit Hilfe europäischer Instrumentarien und aufgrund seiner relativen Überlegenheit über seine Nachbarn immer noch der wichtigste industrielle Akteur des Kontinents zu bleiben, steht doch völlig außer Frage, dass die bisherigen deutschen Schlüsselindustrien, allen voran die Automobilindustrie, in einer schweren, vielleicht sogar tödlichen Krise stecken, die nicht nur durch die Energievorgaben der Bundesrepublik und den Wunsch zum Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor zu Gunsten des scheinbar sauberen Elektromotors induziert wurden, sondern auch durch die zunehmend unattraktiven Rahmenbedingungen für

Investoren und Unternehmen - mit der Folge einer zunehmenden Betriebsauslagerung.

Was schließlich die Bildungspolitik betrifft, so stellen wir einen erschreckenden Abbau von Investitionen in Bereichen fest, die bislang immer zu den größten Stärken nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Bildung zählten, allen voran die technischen und exaktwissenschaftlichen Disziplinen, dafür aber die Festigung eines zunehmend ideologisierten Bildungsklimas, dessen Akzent eindeutig auf der Vermittlung und Verstärkung linksliberaler Überzeugungen beruht. Eine Folge hiervon ist das stetig sinkende Niveau von Schülern und Studenten, welches in den nächsten Jahren auch unvermeidbare faktische Konsequenzen haben werden wird, wenn Wirtschaft wie Verwaltung mit zunehmend defizientem Personal auskommen muss. Rechnet man dazu noch die von Jahr zu Jahr steigende Zahl von hochqualifizierten Arbeitskräften, die Deutschland zugunsten attraktiverer Standorte verlassen, ergeben sich düstere Perspektiven.

Was die Infrastrukturpolitik betrifft, so stellen wir fest, dass in den letzten Jahren, ja Jahrzehnten offensichtlich versäumt wurde, so grundlegende Einrichtungen wie Brücken, Eisenbahnlinien, Autobahnen, Flughäfen, Schulen oder informatische Netzwerke zu renovieren, zu modernisieren und auszubauen, und lieber von einer existierenden, ursprünglich qualitativ äußerst hochwertigen, aber zunehmend veralteten, da manchmal sogar in die Kaiserzeit zurückreichenden Substanz zehrte. Aussichtsreiche Zukunftstechnologien wie Magnettechnologie wurden aus meist verwaltungstechnischen Gründen gar nicht erst umgesetzt; die wenigen neuen Projekte wie etwa der Stuttgarter Bahnhof oder der neue Berliner Flughafen stellten sich nicht nur als finanzielle Desaster heraus, sondern offenbarten in Planung wie Durchführung eine erschreckende kollektive Inkompetenz, welche zunehmend mit der gewaltigen Effizienz aufsteigender außereuropäischer Mächte kontrastiert, allen voran China. Es nimmt daher nicht Wunder, dass nahezu täglich neue Baustellen auf Autobahnen und anderen Verkehrswegen eröffnet werden müssen, um wenigstens die dringendsten Probleme auszuräumen, so dass absehbar ist, dass künftige Generationen entweder mit gewaltigen einmaligen Kosten zur völligen Sanierung der Infrastruktur rechnen oder sich mit ihrer erschreckenden Reduzierung zufriedengeben müssen.

Die Verteidigungspolitik schließlich zählt wohl zu den offensichtlichsten Desastern der letzten Jahre und kontrastiert in denkbarer Weise mit den immer noch existierenden Vorurteilen gegenüber der angeblich „militaristischen“ Gesinnung Deutschlands. Noch nie befand sich die deutsche Verteidigungsfähigkeit auf einem so niedrigen Niveau, da selbst höchste Verantwortliche konzedieren müssen, dass Deutschlands Bundeswehr faktisch aufgehört hat zu existieren - die Folge einer jahrelangen, systematischen Unter- und Fehinvestition, welche zwar regelmäßig seitens der NATO-Bündnispartner gerügt wurde, bis auf alljährlich wiederholte müde Versprechen allerdings nie echte Folgen gezeitigt hat. Nur im Bereich des Kampfs gegen tatsächliche oder angebliche „rechte“ Tendenzen in der Bundeswehr sowie

ihrer gendergerechten Umgestaltung wurden offensichtlich größere Anstrengungen unternommen, deren tatsächlichen Vorteile für die Verteidigungsfähigkeit des Landes und seiner Bündner vorläufig aber fraglich bleiben müssen.

In allen Bereichen nehmen wir also eine erstaunliche Selbstdemontage Deutschlands wahr, welche wohl als absolut irrational zu betrachten wäre, ließen sich diese verschiedenen Punkte nicht auf einen einzigen gemeinsamen Nenner bringen: eine vorausseilende Anpassung an die von breiten Schichten der Medien, des Bildungswesens und des wohlmeinenden Bürgertums getragenen linksgrünen Ideologie. Angela Merkel hat es im Laufe ihrer 16 Jahre dauernden Kanzlerschaft meisterhaft verstanden, die ursprünglich liberal-konservativen Standpunkte der Christdemokratie systematisch an die Forderungen der linksgrünen Konkurrenz anzupassen, um dieser gewissermaßen den Wind aus den Segeln zu nehmen und jene berühmte „asymmetrische Mobilisierung“ zu betreiben, welche über viele Jahre hinweg die Machtstellung der Kanzlerin gesichert hat, indem jene Wählerschichten, die ihr am ehesten gefährlich werden konnten, durch weitgehende Erfüllung ihrer Zielsetzungen politisch zufriedengestellt und neutralisiert werden konnten. Kurzfristig muss diese Taktik sowohl für Angela Merkel als auch für ihre Partei als deutlicher Erfolg gebucht werden, da sie beiden eine in der Geschichte der Bundesrepublik selten dagewesene Dauer und Konzentration von Macht gesichert hat. Mittel- bis langfristig bedeutet jene Politik allerdings eine Katastrophe für die deutsche Nation in ihrer Gesamtheit, da die meisten jener kurzfristig für die Regierungselite nützlichen Maßnahmen faktisch desaströs für das Land zu bewerten sind - und nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa, das viele Jahre damit verbringen wird, die hier angesammelten Versäumnisse nachzuholen. Wie dringend diese Aufgabe ist, beweist der katastrophale Mangel an Vorbereitung angesichts der russischen Bedrohung.

Illustration: Angela Merkel und Wladimir Putin, 11.2.2020.

([https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Angela_Merkel_and_Vladimir_Putin_\(2020-01-11\)_02.jpg](https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Angela_Merkel_and_Vladimir_Putin_(2020-01-11)_02.jpg))

Instytut Zachodni
im. Zygmunta Wojciechowskiego
ul. Mostowa 27A, 61-854 Poznań

tel. +48 61 852 76 91, fax. +48 61 852 49 05
email: izpozpl@iz.poznan.pl
www.iz.poznan.pl